

***Das Spiel ist aus,
die Luft ist raus.***

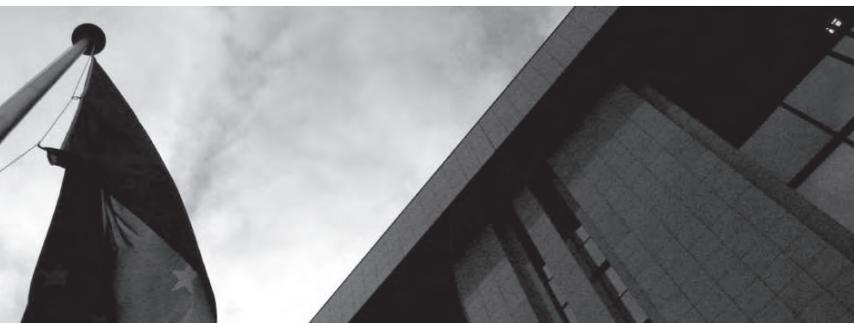


Unsere Elf zieht Bilanz
Die EU-Ratspräsidentschaft 2007



www.gruene-jugend.de

EINE RATSPRÄSIDENTSCHAFT DAUE



Inhalt:

- S. 3** *Vorwort*

- S. 4** *Umweltpolitik*
Antje von Broock

- S. 5** *Energiepolitik*
Anna Cavazzini

- S. 6** *Vertragspolitik*
Silvia Upleger

- S. 7** *Beitrittspolitik*
Laura Appeltshauer

- S. 8** *Jugendpolitik*
Franza Drechsel

- S. 10** *Nachbarschaftspolitik*
Rainer Steenblock

- S. 12** *Justiz- & Innenpolitik*
Jan Philipp Albrecht

- S. 14** *Naturschutzpolitik*
Nicole Maisch

- S. 16** *Entwicklungspolitik*
Michael Kömm

- S. 18** *Sozialpolitik*
Silke Gebel

- S. 20** *Migrationspolitik*
Omid Nouripour

- S. 22** *Positionen*
GRÜNE JUGEND



Jan Philipp Albrecht
Sprecher GRÜNE JUGEND
Bundesverband



Silke Gebel
Beisitzerin im Bundes-
vorstand GRÜNE JUGEND



VORWORT

„Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.“ Diese treffende Aussage des ersten Trainers der deutschen Fußballnationalmannschaft, Sepp Herberger, ist auch in der Politik ein passender Satz. Insbesondere bei der Europäischen Ratspräsidentschaft, die frei nach dem Motto „eine Präsidentschaft dauert 6 Monate“ halbjährlich unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union rotiert. Nach dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft geht die Show weiter: Die nächsten Austragungsorte sind Portugal, Slowenien und Frankreich. Und wie im Fußball nützt es auch in der Politik ungemein, vor dem nächsten Spiel einen Blick zurückzuwerfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Jugendverband, die GRÜNE JUGEND, hatten im Vorfeld eine Reihe an Kriterien für eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft aufgestellt. Nun wird Bilanz gezogen. Wo es Fortschritte gab, wo Stillstand und wo Rückschritte – all das kommentieren elf erfahrene Europakenner aus der (jung)grünen Perspektive.

Der Schlachtruf, den die Bundesregierung für ihr Ratspräsidentschaftsspiel ausgegeben hatte, lautete „Europa gelingt gemeinsam“. Um den Auftritt als Ganzes für sich zu verbuchen hatten die Trainer der Kanzlerin das eigene Team schon im Vorfeld auf Linie gebracht. Ob sich die medientechnisch gut inszenierte Partie auch im Ergebnis tatsächlich als Erfolg herausstellt, nimmt unsere Elf schonungslos unter die Lupe. Antje von Broock und Anna Cavazzini geben für den Themenbereich der Umwelt- und Energiepolitik ein geteiltes Echo aus. Zwar nimmt die EU gerade in der Klimafrage eine Führungsposition für sich in Anspruch, klare Regelungen und Wege, wie diese einzuhalten sind, fehlen allerdings noch immer. Auch bei der Verfassungs- und Beitrittspolitik scheint zwar der gute Wille, nicht aber die tatsächliche Durchsetzungskraft vorzuwiegen. So bekommt die deutsche Ratspräsidentschaft zwar Lob von Sylvia Uplegger für die Bemühungen für einen neuen Grundlagenvertrag, kritisiert aber fehlende weitere Schritte und die zunehmende Geheimdiplomatie der Bundesregierung. Auch bei der Erweiterung stellen sich Laura Appeltshauer noch zahlreiche Fragezeichen.

Mit dem Pakt für die Jugend ist vor einigen Jahren ein Grundstein für Jugendbeteiligung in Europa gelegt worden. Doch außer zaghaften Ansätzen, die Zivilgesellschaft erstmals einzubinden und in diesem Rahmen auch offener auf die Jugend zuzugehen, bleibt wenig über. Das

jedenfalls attestiert Franziska Drechsel der deutschen Ratspräsidentschaft. Vorgenommen hatte sich die Bundesregierung auch, das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) weiterzuentwickeln, eine EU-Zentralasienstrategie auszuformulieren sowie die Verhandlungen über das Partnerschaftsabkommen mit Russland zu beginnen. Ein 2:1 gegen Merkels Team ist das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Rainer Steinhilber.

Eine verheerende Bilanz in der Justiz- und Innenpolitik zieht Jan Philipp Albrecht nach der EU-Ratspräsidentschaft. Der Schutz von Bürgerrechten und personenbezogenen Daten in Europa sowie Gewährleistung von Grundsätzen wie der Trennung zwischen Polizei- und Geheimdiensten fand im Programm der Bundesregierung trotz wiederholter Beteuerungen keinen Platz mehr. Stattdessen wurden zahlreiche neue Befugnisse der Sicherheitsbehörden erlassen. Nach Ansicht von Nicole Maisch hat die schwarz-rote Bundesregierung zudem die Chance vertan, während der Ratspräsidentschaft dem Meeresschutz einen angemessenen Raum in der Meerespolitik Europas zu erkämpfen. Weder wurden die Fischerei- und Landwirtschaftspolitik in angemessenem Maße einbezogen, noch wurde konkret vereinbart, wie der gute Umweltzustand der Meere, der als Zielvorgabe mariner Umweltpolitik genannt wird, erreicht werden soll.

Ob Europäische Entwicklungspolitik mehr als bloß klassische Außenhandelspolitik darstellt, ist laut Michael Kömm immernoch nicht erkennbar – für ihn stellen die Bemühungen der EU immernoch mehr einen Türöffner für Freihandel statt ehrliche Entwicklungspolitik dar. Auch die „Soziale Zukunft Europas“ stand ganz oben auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Wirkliche Schritte zur Meisterung der Herausforderung einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik sind für Silke Gebel allerdings nicht erkennbar. Genauso wenig, wie hilfreiche Konzepte, um die schlimmen Folgen von Migration und Flucht an Europas Grenzen abzuschwächen. Omid Nouripour wirft der Bundesregierung vor, mit unzureichenden Bemühungen das Flüchtlingsdrama zu ignorieren.

Heißt es also am Ende der Ratspräsidentschaft: „Aus! Aus! Aus! Das Spiel ist aus und Deutschland ist Europameister!“ oder „Europa, ein Frühjahrsmärchen“? Die Bilanz fällt anders aus – in Europa bleibt einiges zu tun.

DIE RICHTUNG STIMMT - DOCH DAS

VON ANTJE VON BROOCK

Aus umweltpolitischer Perspektive ist die EU ein Erfolgskonzept. Auch wenn es hier und da noch bei der Umsetzung hapert - das beschlossene Schutzniveau der EU sucht seinesgleichen in der Welt.

Angesichts des diesjährigen Berichtes des International Panels on Climate Change (IPCC) gibt es jedoch keinen Grund zu jubeln. Der Klimawandel fordert entschlossene Maßnahmen, damit die Erderwärmung aufgehalten wird. Selbst wenn es gelingt, die derzeitigen Emissionen sofort drastisch zu reduzieren, wird die Antarktis weiter abschmelzen, der Meeresspiegel um etwa 20 Zentimeter ansteigen und die weltweite Temperatur um etwa 0,6 Grad Celsius zunehmen. Wenn es insgesamt gegenüber vorindustrieller Zeit um 2 Grad wärmer wird, werden die Folgen des Klimawandels katastrophal sein. Eine Orientierung an diesem Limit bedeutet weltweit eine Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber den Werten von 1990. Um dies zu erreichen müssten die Industrieländer bis 2020 ihre Emissionen um 30 Prozent reduzieren.

Ist es der Bundesregierung während der EU-Ratspräsidentschaft gelungen, eine zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik, die auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien setzt, voranzutreiben? Der im März beschlossene 'Aktionsplan für eine europäische Energiepolitik' wurde euphorisch gefeiert. Angela Merkel galt als die Heldin des Tages. Doch was wurde effektiv für den Klimaschutz erreicht?

20 Prozent Erneuerbare!

Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis 2020 auf 20 Prozent erhöht werden. Dieses verbindliche Ziel ist ein Schritt in die richtige Richtung - weg von den fossilen Energieträgern. Jetzt kommt es auf die Ausgestaltung an. Kein Sektor (Heizen, Kühlen und Stromerzeugung) darf bei der Umsetzung vernachlässigt werden, damit alle Bereiche weiter ausgebaut werden.

20 Prozent Energieeffizienz!

Mit sauberer Energie allein werden wir das Klimaproblem aber nicht in den Griff kriegen. Wenn wir unseren Verbrauch nicht drastisch senken, bleibt die EU abhängig von fossilen Energieträgern. Ein Energieeffizienzziel von 20 Prozent, wie es in Brüssel beschlossen wurde,

ist daher begrüßenswert. Doch es ist eine halbherzige Zielmarke, denn sie ist einerseits unverbindlich, andererseits werden 20 Prozent nicht ausreichen, um den wachstumsbedingten Anstieg des Energieverbrauchs in Europa zu verhindern.

20 Prozent Reduktion!

Es ist bedauerlich, dass die EU sich nicht entschließen konnte, mutig voran zu schreiten und unabhängig vom Verhalten anderer Industriationen 30 Prozent Reduktion ihrer Treibhausgase zu beschließen. Die beschlossene Reduzierung um 20 Prozent ist unzureichend. Und der G8-Gipfel hat gezeigt, was viele schon geahnt haben: Das Warten auf die USA und andere lahme Enten lohnt sich kaum und birgt zudem ein hohes Risiko für Ökologie und Ökonomie.

Dreimal 20 Prozent klingt daher nur auf den ersten Blick so gut, wie es in den Medien abgefeiert wurde.

Dass die Richtung, die die EU nun eingeschlagen hat, stimmt, kann darüber nicht hinwegtrösten. Der Klimawandel erfordert weit mehr. Leider ist es der deutschen Ratspräsidentschaft nicht gelungen, die Ara der Halbherzigkeiten endlich abzuschließen.



Die Autorin **Antje von Broock** ist Sprecherin der BAG Europa von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie arbeitet als Referentin für internationale Umweltpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz.



REICHT NICHT

VON ANNA CAVAZZINI

Ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war eine neue Energiestrategie. Positiv: Endlich gibt es verbindliche Einsparquoten. Negativ: Ob sie erreicht werden, ist mehr als fraglich.

Es ist nicht verwunderlich, dass auf dieses Thema großen Wert gelegt wurde: so ist es für die EU-StrategInnen von zentraler Bedeutung, sich von den unsicheren Lieferländern fossiler Brennstoffe weitgehend unabhängig zu machen. Bestätigt wurde dieses Anliegen durch die Schwierigkeiten, mit Russland ein neues Kooperationsabkommen abzuschließen, denn hier zeigte (und zeigt) sich, dass Russland auch gerne mal die Gaskarte ausspielt. Auch die immer "heißer" werdende Klimadebatte lieferte die nötige Brisanz für das Thema. Und natürlich ist es einfach nur logisch, die Energiepolitiken der Einzelstaaten auf europäischer Ebene zu koordinieren, da viele Probleme dieses Sektors hier besser angegangen werden können. Aus grüner Sicht konnte das doch eigentlich nur heißen, dass endlich die Grundforderungen von einer höheren Energieeffizienz, einem Ausbau der Erneuerbaren und der Energieeinsparung sich durchsetzen mussten.

War Angela Merkel wirklich so erfolgreich?

Und tatsächlich! Der Gipfel wurde als herausragender Erfolg dargestellt und als eine diplomatische Meisterleistung Angela Merkels. Die Schlagworte von 20/20/20 machten die Runde. Doch was genau wurde hier eigentlich beschlossen? War dieser Gipfel denn wirklich so erfolgreich? Einige Ergebnisse hören sich gar nicht schlecht an. Der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt will man ankurbeln, indem der Netzzugang für Unternehmen erleichtert werden soll. Die Kommission wollte eigentlich eine Zerschlagung der großen Betreiberkonzerne, was jedoch nicht gegen die Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden konnte - aber zumindest ist eine Entflechtung von Netz und Betrieb gefordert. Bei dem Kernthema der GRÜNEN JUGEND, dem Ausbau der Erneuerbaren, schreibt die Strategie zwar verbindliche Ziele von einer Einsparung von 20 Prozent bis 2020 vor, räumt aber jedem Mitgliedsstaat einen eigenen Energiemix ein. Somit ist der Atomenergie mal wieder Tür und Tor geöffnet worden. Besonders rückwärtsgewandt ist hier der erneute Beschluss zur Unterstützung der nuklearen Forschung. Es ist sehr zu begrüßen, dass verbindlich festgelegt wurde, die Energi-

effizienz bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu steigern, obwohl in unseren Augen diese Zahl noch viel höher liegen müsste.

Kernforschung wird weitergefördert

Auch die erneuerbaren Energien sollen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent ausgebaut werden. Der Knackpunkt an der Sache ist, dass dies den gesamten Ausbau in der EU betrifft und nicht klar ist, welches Land den Ausbau weniger vorantreiben darf und welches Land im Gegensatz dazu mehr als 20 Prozent bringen muss. Somit ist ein Erreichen dieses Zieles schon im Vorhinein recht fraglich. Es wurde zudem eine Art "Energieaußenpolitik" beschlossen, die eine stärkere und zudem koordiniertere Zusammenarbeit mit z.B. OPEC Staaten und Russland vorsieht. Hierbei wird die Politik der EU in der Praxis zu beurteilen sein und man wird besonders im Bezug auf Russland sehen, ob den Menschenrechten oder dem Gas eine höhere Priorität eingeräumt wird.

Insgesamt gesehen ist die Festlegung auf konkrete Zahlen positiv zu bewerten. Dennoch bleibt die Energiestrategie weit hinter grünen Erwartungen zurück und setzt weiterhin auf das Auslaufmodell der Kernenergie. Des Weiteren bleibt abzuwarten, ob diese Ziele, zu denen konkrete verbindlich Handlungsschritte fehlen, auch wirklich in die Tat umgesetzt werden.



Die Autorin **Anna Cavazzini** ist Beisitzerin im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND. Sie absolviert derzeit einen Masterstudiengang "Internationale Beziehungen".

SUBSTANZ GERETTET, ANSEHEN VE

VON SILVIA UPLEGGER

Nur durch eine Reform ihrer Struktur kann die EU stark werden für die Herausforderungen der Zukunft. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat zwar mehr erreicht, als alle zu hoffen gewagt hätten, aber einfacher und verständlicher wird das EU-Vertragswerk leider nicht.

Das Top-Thema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war zweifellos die Neubelebung des Verfassungsprozesses. Diese ist dringend notwendig, nachdem die Neuordnung der EU-Strukturen nach dem Doppelnein aus Frankreich und den Niederlanden über zwei Jahre auf Eis lag. Sie ist dringend notwendig, weil wir demokratische und effiziente Institutionen, transparente Verfahren und einen starken Schutz der Grund- und Bürgerinnenrechte in der EU brauchen. Denn nur durch diese Reformen wird die EU stark werden für die Herausforderungen der Zukunft: die sozial gerechte und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung, den Kampf gegen den Klimawandel, die Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus sowie die verantwortungsvolle Gestaltung von Migration nach Europa.

Grüne Kernpunkte erhalten

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat hier mehr erreicht, als alle zu hoffen gewagt haben. Sie hat sich wesentlich auf diese zentrale Frage konzentriert und das Kerngeschäft der Ratspräsidentschaft allerdings schleifen lassen. Sie hat nicht nur - wie erwartet - einen Fahrplan aus der Verfassungsblockade aufgezeigt, sondern sie hat ein einstimmiges sehr detailliertes Mandat als Handlungsleitlinie für die kommenden Verhandlungen erreicht. Darin wird an wesentlichen grünen Kernpunkten für die Reformen festgehalten: die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich, das Europäische Parlament erhält mehr Rechte, die Säulenstruktur wird aufgehoben, mehr europäische Außenpolitik wird möglich (auch wenn der EU-Außenminister nicht mehr so heißen darf) und die Europäische Union erhält eine einheitliche Rechtspersönlichkeit, mit der sie beispielsweise der Europäischen Menschenrechtscharta beitreten kann.

Kröten im Mandat

Allerdings gibt es auch Kröten in diesem Mandat: die Ausnahmeregelungen für das Vereinigte Königreich und Polen zur Grundrech-

techarta, die ein schwerer Schlag für die Grund- und Freiheitsrechte sind, die die europäische Wertegemeinschaft ausmachen. Dies ist ein Armutszeugnis. Denn Grundrechte, die nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gelten, stellen die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als Wertegemeinschaft offen in Frage. Auch ist es sehr zu bedauern, dass sowohl die europäische Hymne als auch die europäische Flagge im neuen Vertrag nicht mehr aufgeführt werden dürfen. Und schließlich ist das Mandat durchsetz von Fußnoten, Protokollen, Erklärungen und Ausnahmen. Dies wird auch den neuen Vertrag nicht einfacher machen und widerspricht eindeutig dem Auftrag von Laeken, eine einfachere und besser lesbarere vertragliche Grundlage zu schaffen.

Dennoch ist das Ergebnis unter dem Strich sehr gut. Es ist zu hoffen, dass der politische Druck ausreicht, damit an diesem rechtlich unverbindlichen Mandat festgehalten wird. Denn das erste Gepolter hat nur wenige Tage nach dem dramatischen EU-Gipfel schon wieder angefangen.

Geheimdiplomatie der deutschen Ratspräsidentschaft - massiver Rückschritt

Der Vorwurf der Geheimdiplomatie ist oft gefallen. In der Tat ist die Vorgehensweise der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein massiver Rückschritt. Denn dass die europäische Integration nicht nur von den politischen Eliten beziehungsweise den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt werden darf, ist doch eine Erkenntnis, die wahrlich nicht neu ist. Dennoch sollte nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch der Bundestag am besten gar nichts mit dem neuen Vertrag zu tun haben. Rechte, für die wir Jahre gekämpft haben und die wir im letzten Jahr feierlich unterzeichnet haben, wurden mit Füßen getreten und nur durch zähes Ringen wurde hier ein Präzedenzfall verhindert, der die neue Vereinbarung zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung künftig ausgehöhlt hätte.



Die Autorin **Silvia Uplegger** und ist Referentin für Europapolitik bei der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



VON LAURA APPELTSHAUSER

Für eine Förderung des türkischen Beitrittswunsches hat während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einfach der politische Wille gefehlt. Gute Aussichten hingegen bestehen für Kroatien.

Die Themen Erweiterung und deutsche EU-Ratspräsidentschaft hingen eng zusammen, konnte die EU am 1. Januar 2007 doch die neuen Mitglieder Rumänien und Bulgarien begrüßen. Diese zwei Beitritte waren im Vorfeld von vielen Seiten massiv kritisiert worden, da vor allem in der dortigen Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung noch Einiges zu tun sein wird, bis dem Anspruch der Rechtsstaatlichkeit vollends Genüge getan ist. Auch die Tatsache, dass sich mit den Abgeordneten aus Rumänien und Bulgarien nun eine neue Fraktion der Rechtsextremen im Europäischen Parlament bilden konnte, trug nicht gerade zur Freude der restlichen EU-Mitglieder bei. So wurden den beiden Ländern mit ihrem Beitritt noch einige Auflagen mitgegeben, die bisher eher schlecht als recht erfüllt wurden.

Bulgarien und Rumänien erfüllen Auflagen mehr schlecht als recht

Um aber zur aktuellen Erweiterungspolitik zu kommen: es sah mit Ende der finnischen Ratspräsidentschaft (2. Hälfte 2006) in Bezug auf neue Beitrittskandidatinnen ja eher düster aus: Wegen des Zypern-Streits war es im Dezember mit der Türkei zum Eklat gekommen und die Beitrittsverhandlungen wurden teilweise suspendiert. Dementsprechend wenig ambitioniert war das Ziel der Ratspräsidentschaft: Der Erweiterungsprozess solle fortgesetzt werden und sich "an den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006 orientieren". Von einer dauerhaften Lösung des Zypern-Konflikts war erstmal keine Rede - kein Wunder, dass in dieser Hinsicht auch keine Fortschritte gemacht worden sind.

Wahlen in Frankreich blockierten Planungen für Türkei-Beitritt

Bis zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich befand sich die Erweiterungspolitik ohnehin eher im Stand-by modus: Hätte Ségolène Royale die Wahl gewonnen, wäre die Lage eine andere, da sie sich nicht generell gegen den Türkei-Beitritt ausgesprochen hatte, wie Monsieur Sarkozy das jetzt vehement tut. So hat sich bis jetzt bei den Verhandlungen nicht allzu

viel getan: Von 35 Kapiteln, die während der Beitrittsverhandlungen abgehandelt und geschlossen werden müssen, sind acht suspendiert, eins ist erst geschlossen (Forschung), eins wurde im März geöffnet (Unternehmen) und zwei in der letzten Woche der Ratspräsidentschaft (Statistik und Finanzkontrolle). Die wirklich essentiellen Themen wie Währungsunion und wirtschaftliche Fragen werden aber erfolgreich von Frankreichs Präsidenten blockiert - er möchte den EU-Beitritt der Türkei erst wieder Ende des Jahres thematisieren.

Gute Aussichten für Kroatien

Was Kroatien betrifft, sieht die Lage etwas erfreulicher aus. Wie Steinmeier vom großen "Durchbruch" zu sprechen scheint zwar übertrieben - schließlich sind erst zwei Beitrittskapitel geschlossen und zwei Drittel noch nicht mal geöffnet. Trotzdem hat Kroatien gute Aussichten, in drei Jahren Mitglied der europäischen Union zu werden, insbesondere, da der Verfassungsprozess jetzt wieder ins Rollen gekommen ist.

Ist das Fazit also: Sarko schuld, Angie hilflos? Sicherlich nicht. Gerade im letzten Jahr hat Angela Merkel bewiesen, dass sie politischen Gegnern außenpolitische Kompromisse abringen kann, vorausgesetzt, es ist ihr ein wichtiges Interesse. Obwohl Angela Merkel mit der EU-Ratspräsidentschaft den Willen der Kommission - die sich nun einmal zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bereit erklärt hat - durchsetzen sollte, scheint sie ihrer privilegierten Partnerschaft anzuhängen, eine Förderung der EU-Erweiterung sieht jedenfalls anders aus. Es fehlt eben einfach der politische Wille.



Die Autorin **Laura Appeltshauser** und ist Koordinatorin des Fachforums Europa & Internationales in der GRÜNEN JUGEND.

Zum Fachforum Europa & Internationales der GRÜNEN JUGEND gibt es weitere Informationen unter:

www.gruene-jugend.de/themen/ffinternat

VIELES VORGESCHLAGEN, WENIG U

VON FRANZA DRECHSEL

75 Millionen Jugendliche sind die Zukunft Europas - in sie sollte investiert werden. Aber wie? Die europäischen JugendministerInnen machen zwar gute Vorschläge, werden jedoch nicht richtig ernst genommen.

Die Situation junger Menschen in Europa

Laut den Europäischen Grünen sind die Hauptinteressen von Jugendlichen dreierlei: Bildung, Arbeit und Mobilität - und gerade hier sieht die Situation der Jugendlichen derzeit eher schlecht aus.

Es muss viel getan werden gegen Probleme wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Diskriminierung junger BerufseinsteigerInnen (insbesondere der von jungen Frauen), die schlechte Ausbildungssituation, die immer ungerechter werdenden Studienmöglichkeiten und letztlich die teilweise eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten in den ländlichen Regionen Europas.

Um all das zu verbessern, muss es zunächst einmal eine stärkere Jugendpolitik auf europäischer Ebene geben. Dafür müssen die unterschiedlichen nationalen Ansätze in diesem Bereich besser koordiniert werden. Wichtig ist dabei außerdem, dass Jugendpolitik nicht nur als ein eigenes Politikfeld betrachtet wird, sondern Bestandteil vieler Bereiche ist. Somit sollte das Augenmerk immer wieder auf die schlechte gerichtet werden, um zu sichern, dass Reformen auch dieser zu Gute kommen. Dafür sollte es zudem mehr Jugendpartizipation geben. Denn wer kennt die Probleme der Jugend besser als sie selbst?

Das hat die deutsche Ratspräsidentschaft im Bereich Jugendpolitik getan:

Hauptthemen der deutschen Ratspräsidentschaft zusammen mit Portugal und Slowenien in der Jugendpolitik sind die gesellschaftliche Beteiligung und die berufliche Integration insbesondere benachteiligter junger Menschen. Hierbei setzen die drei Länder auf das Prinzip des Vorsitz-Teams - jeweils drei Ratspräsidentschaften sollen zusammen ein zentrales Thema festlegen, um so bessere Kohärenz, Kontinuität und Sichtbarkeit in der Jugendpolitik zu erlangen.

Der Rat unterstützt den 2005 vereinbarten Europäischen Pakt der Jugend, der eine bessere

Integration junger Menschen in die Arbeitswelt, bessere Bildung und Mobilität zum Ziel hat. Hier hat der JugendministerInnenrat im Mai einige Verbesserungsvorschläge gemacht, wie Jugendliche "beim Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Arbeit" besser unterstützt werden und leichter Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen können. Ziel ist, effektivere Strategien zu schaffen, um den Pakt lokal und regional umzusetzen und die Jugendpolitik stärker bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie miteinzubeziehen.

Generelles Ziel war es, der Jugendpolitik mehr Gewicht zu verleihen. Hierfür fordert der JugendministerInnenrat einen sektorübergreifenden Ansatz, für dessen Umsetzbarkeit Vorschläge ausgearbeitet werden sollen. Dennoch werde der Großteil der Jugendpolitik auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt, wobei ein besserer Austausch zwischen den einzelnen Akteuren der Jugendpolitik hilfreich sein könne, so der Rat. Des Weiteren fordert er einen regelmäßigen europäischen Jugendbericht, um die Situation der Jugendlichen in den Mitgliedsstaaten zu analysieren und zu evaluieren.

War alles so gut?

Obwohl es in den letzten Jahren einige gute Taten gab (wie etwa den Europäischen Pakt der Jugend) und obwohl auch der JugendministerInnenrat diese letzten guten Taten besonders unterstützt und sich um eigene bemüht hat, muss das letzte halbe Jahr doch auch kritisch betrachtet werden.

Die Forderung, dass der Jugendpolitik auch praktisch mehr Gewicht zukommen sollte, ist gänzlich unerhört geliebt - bis auf den Jugendevent in Köln ist nichts Auffallendes an die Öffentlichkeit gedrungen. Und auch dieser zog Kritik mit sich.

Zwar unterstützt der Rat den Europäischen Pakt der Jugend, doch diese Unterstützung blieb leider zunächst eher passiv. Er wurde noch nicht einmal in der Abschlusserklärung des Rates im März erwähnt, trotzdem der JugendministerInnenrat ausdrückliche Kernbotschaften an diesen gerichtet hatte. Generell müsste noch eine Menge getan werden, um die Situation Jugendlicher in Europa hierhingehend zu verbessern. Es fehlt besonders an Strategien, da schon einige Maßnahmen umgesetzt wurden, von denen aber nicht hauptsächlich Ju-



gendliche profitierten.

Es lässt sich also sagen, dass gerade der JugendministerInnenrat wirklich konstruktive und nachhaltige Forderungen verlautbart, der Europäische Rat diese nur nicht in seine Erklärungen eingebracht und somit bisher eher schlechte als rechte Jugendpolitik betrieben hat.



Die Autorin **Franza Drechsel** war bis Mai 2007 Koordinatorin des Fachforums Europa & Internationales in der GRÜNEN JUGEND. Nach ihrem Abitur 2007 ist sie derzeit für ein Jahr in Südafrika.



DIE NEUE EU-OSTPOLITIK

VON RAINER STEENBLOCK

Die Bundesregierung sollte als EU-Ratspräsidentschaft das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) weiterentwickeln, eine EU-Zentralasienstrategie ausformulieren sowie die Verhandlungen über das Partnerschaftsabkommen mit Russland beginnen.

Diese drei Komponenten bildeten den deutschen Präsidentschaftsakzent der neuen "EU-Ostpolitik", der das Ziel des Ausbaus eines europäischen Raumes der Sicherheit und Stabilität verfolgt. Es liegt auf der Hand, dass die EU ein vitales Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung, Demokratisierung und Modernisierung ihrer Nachbarstaaten hat.

Diese drei Schwerpunkte, bisher leider voneinander unabhängig verfolgte Strategien einer europäischen Politik gegenüber unseren öst-

lichen Nachbarn, müssen einen differenzierten und kohärenten Ansatz verfolgen. Und das ist dabei bisher rum gekommen:

Kein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland

Die Aufnahme der Verhandlungen mit Russland über die Weiterentwicklung des neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ist der Bundesregierung nicht gelungen. Hauptsächlich ist der Beginn der Verhandlungen am Handelsstreit zwischen Moskau und Warschau um die polnischen Fleischeinfuhren nach Russland gescheitert, wobei die höchst unterschiedlichen Positionen, unter anderem zu den Bürger- und Menschenrechtsfragen in Russland, dem zukünftigen Kosovo-Status, der jeweiligen Energiepolitik und dem geplanten Raketenabwehrschild der USA, auch eine nicht unwesent-





liche Rolle gespielt haben. Dabei ist dieses Abkommen mit Russland in vielen Bereichen überfällig. So ist zum Beispiel in Energiefragen eine Einigung auf zentrale Prinzipien der Zusammenarbeit wie gegenseitige Zugangsgarantie, Mindestgarantien für Energieinvestitionen sowie Transitregeln wichtig.

Wir haben in diesem Zusammenhang auf eine Strategie gegenüber Russland gedrängt, die nicht durch eine Politik der Einflusszonen bestimmt ist und eine politische wie auch wirtschaftliche Konkurrenz in der Region der europäischen Nachbarschaft darstellt, sondern eine effektive und integrative Zusammenarbeit zur Lösung von Konflikten und gemeinsamen Problemen fördert sowie die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte unterstützt.

Auch keine Weiterentwicklung bei der "Europäischen Nachbarschaftspolitik"

Keine wirklich sinnvolle Weiterentwicklung hat die deutsche Ratspräsidentschaft bei der ENP erreicht. Das Konzept der deutschen Ratspräsidentschaft hört sich an sich sehr schön an. Es wurden hauptsächlich Maßnahmen vorgeschlagen, um an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation mit den ENP-Ländern zu arbeiten. Auch hier liegt das spezielle Augenmerk auf der Energiepolitik und der Verbesserung des Investitionsklimas mit dem Ziel gemeinsamer Freihandelsabkommen. Verstärkte Kooperation in den Bereichen Justiz und Inneres soll zum einen rechtsstaatliche Prinzipien in den noch jungen Transformationsländern im Osten Europas festigen, zum anderen auch dem Sicherheitsinteresse der EU dienen. Der zivilgesellschaftliche Austausch soll gestärkt werden und neue Finanzmechanismen sollen zur Unterstützung von Reformen zur Verfügung gestellt werden. Es hapert also nicht an schönen Worten und hehren Absichten. Jedoch bei der Umsetzung liegt das Problem.

Eine Umstrukturierung des Rahmens des ganzheitlichen Ansatzes für 16 Länder, der mit bilateralen Aktionsplänen flankiert wird, ist für eine effektive ENP jedoch unumgänglich. Eine notwendige Weiterentwicklung ist eine Differenzierung zwischen der Nachbarschaftspolitik für europäische Staaten, die eine grundsätzliche Beitrittsperspektive haben, und einer Nachbarschaftspolitik für die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer. Für beide Räume müssen

die Instrumente stärker auf die jeweiligen unterschiedlichen Bedürfnisse, Interessen und Ziele zugespielt werden, da diese sich sonst jeweils im Fortschritt gegenseitig bremsen oder gar blockieren.

Zentralasienstrategie - gute Idee, Ergebnis aber offen

Auch die neue EU-Zentralasienstrategie klingt gut und sieht gut aus. Ob sie mehr ist als eine Erklärung edler Absichten wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Wir finden es gut, dass die Bundesregierung in ihrer EU-Ratspräsidentschaft dazu beigetragen hat, die lange vergessene Region Zentralasiens wieder in den Fokus internationaler und EU-Politik zu stellen. Der Ansatz der neuen Zentralasienstrategie, sowohl auf regionaler wie auf einzelstaatlicher Ebene zusammen zu arbeiten, ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber der oft erfolglosen, rein regionalen EU-Politik der Vergangenheit. In der neuen Zentralasienstrategie haben auch Themen wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einen Raum. Auch das finden wir gut, denn wir hatten wiederholt eine stärkere Konzentration der EU auf den Aufbau und die Unterstützung rechtsstaatlicher Strukturen in Zentralasien gefordert.

Allerdings muss sich erst zeigen, ob die EU - und die Bundesregierung - bereit sind, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Die EU muss stärker als bisher in den zentralasiatischen Staaten präsent sein, Programme zum Menschenrechtsschutz müssen besser budgetiert und evaluiert werden. Und: vor allem muss die EU eine klare Linie und konkrete Zielvorgaben in ihren nun beschlossenen Menschenrechtsdialogen mit den zentralasiatischen Staaten vertreten, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Mit einer Lockerung von EU - Sanktionen gegenüber Usbekistan würde die Bundesregierung ihren eigenen Ansatz der Zentralasienstrategie nur konterkarieren.



Der Autor **Rainer Steenblock** ist europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**.

www.rainer-steenblock.de

EUROPA SICHER OHNE BÜRGERREC

VON JAN PHILIPP ALBRECHT

Was während der EU-Ratspräsidentschaft sicherer geworden ist, ist lediglich die Tatsache, dass Freiheit und Bürgerrechte zweitrangig sind.

Unter dem Leitmotiv "Europa sicher leben" eröffnete Bundesinnenminister Schäuble im Januar 2007 sein Arbeitsprogramm zur Europäischen Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik 2007. Bei genauem Hinsehen ließ das Programm von Anfang bis Ende sogar einen roten Faden erkennen. Und der hieß: Sicherheit statt Freiheit. Was Sicherheit überhaupt ist und wann Europa sicher ist, benennt das Programm an keiner Stelle. Zentral für die Bemühungen des Bundesinnenministeriums ist schlicht der "Ausbau des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts". Was das konkret heißt, wird bewusst verschwiegen. Lediglich aus den darauf folgenden Eckpunkten der Ratspräsidentschaft lassen sich die Umrisse des Aussageinhalts erkennen: Hier geht es darum, die Sicherheitsgesetze in Europa zu verschärfen. Bemühungen, einen Raum der Freiheit zu schaffen oder gar einen Raum des Rechts, sind schlichtweg nicht erkennbar.

Brechstangenpolitik bei der Sicherheit

Ganz nach der Manier "Was nicht passt, wird passend gemacht" hat sich Schäuble für das EU-Ratspräsidentschafts- und G8-Gipfel-Jahr vorgenommen, möglichst viele und möglichst weitgehende Sicherheitsgesetze in Deutschland einzuführen. Da kamen ihm die zurückhaltende Grundrechtspolitik in der EU und die G8-Gipfel-Gegner gerade recht. Während seiner Präsidentschaft wurde ein europäischer Datenbank- und Informationsverbund eingeführt. Hier können die Sicherheitsbehörden jedes EU-Mitgliedsstaats automatisiert auf DNA- und Fingerabdruck-Dateien sowie die Fahrzeugregisterdaten aller anderen EU-Mitgliedsstaaten zugreifen. Zudem ist nun eine beschleunigte Übermittlung von Informationen zu Personen möglich, die in nationalen Datenbanken als "Terrorverdächtige" und "Gewalttäter" gespeichert sind. Außerdem können zukünftig alle Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedsstaaten und Europol auf die Daten des neuen Visumsinformationssystems zugreifen, in dem alle Daten zu Visumsanträgen und -inhaberInnen gespeichert sind. Durch gemeinsame Ermittlungsgruppen fließen Daten aus Europol-Analysedateien in Datenbanken nationaler Sicherheitsbehörden und umgekehrt. Hier arbeiten auch Vertreter

Innen von Geheimdiensten und Polizeibehörden aus Nicht-EU-Staaten mit - namentlich der USA. Dazu ermächtigte nationale Sicherheitsbehörden und Institutionen der Strafverfolgung können direkt auf die Europoldatenbanken zugreifen. Kriminalitätsbekämpfung und Terrorismusbekämpfung ist nach dem erweiterten Mandatsbereich von Europol einerlei. Damit ist das in der Bundesrepublik bestehende Trennungsgesetz auf Europäischer Ebene aufgelöst.

Totalüberwachung wird zum Alltag

Durch die stärkere Zusammenarbeit nationaler Überwachungszentren und Europol sowie durch informelle "Expertentreffen", auf denen neue Techniken diskutiert werden, wird die Überwachung des Internets massiv forciert. Eine so genannte "Future Group" soll die Zukunft der Europäischen Innenpolitik vorzeichnen. Thematischer Schwerpunkt dabei ist die Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit. Geplant sind hierzu Diskussionen über allgemeine Rechtsgrundsätze im Bereich Terrorismus und Sicherheit und den Ausbau der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit Drittstaaten. So wurde ein Anschluss aller neuen EU-Mitgliedsstaaten in das Schengener Fahndungssystem SIS beschlossen, wodurch eine europaweite Fahndung nach Kriminellen, "Terrorverdächtigen" und unerwünschten Personen bzw. die Verhinderung ihrer Ein- oder Ausreise über offizielle Grenzen ermöglicht wird. Ab 2008 sollen hierin auch Gesichtsbilder und Fingerabdruckdaten einspeist und für alle Sicherheitsbehörden zugänglich gemacht werden. Mit Hilfe von automatisierten biometrischen Grenzkontrollen im Binnenraum der EU und verstärkt an ihren Außengrenzen werden so digitale Grenzzäune gezogen. Um diese auch real zu schützen, wurde eine mobile FRONT-EX-Grenzschutztruppe aus 600 Grenzpolizisten und einem Pool aus Flugzeugen, Helikoptern, Patrouillenbooten und weiterer Überwachungstechnik eingerichtet.

Grundrechtsschutz: Fehlzanzeige

All diese Dinge wurden einseitig ohne jegliche Absicherung von Grundrechten und Datenschutz durchgesetzt. Das einzige, was sich das Innenministerium während seiner Ratspräsidentschaft vorgenommen hatte, war der "sichere Umgang mit Daten bei einer erneuten Volkszählung". In Zukunft soll niemand mehr anonym bleiben können, alle Verbindungsdaten



bei der Kommunikation sollen gespeichert werden und der Staat am besten auf alle Informationen und Daten einer Person zugreifen können. Magere Eigenbilanz des Ministeriums zum Datenschutz: "Die Erhebung und Speicherung von Daten soll den aktuellen Anforderungen an den Datenschutz gerecht werden und das Persönlichkeitsrecht der Bürgerinnen und Bürger Europas wird geschützt. Der Rahmenbeschluss zum Datenschutz [...] und die Zusammenarbeit beim Datenschutz zwischen EU und USA wurde vorangebracht." Nichts als hohle Phrasen! Ein neues Abkommen mit den USA zur Übermittlung von Flugpassagierdaten reduziert zwar ihren Umfang, liefert diese aber dafür 15 Jahre dem Zugriff durch zahlreiche US-Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden aus. Völlige Fehlzanzeige auch beim Transfer der Bank- und Überweisungsdaten europäischer BürgerInnen in die USA über SWIFT und die dortige Durchsichtung im Auftrag amerikanischer Sicherheitsbehörden. Diese Regelungen verstoßen ganz offensichtlich gegen europäisches und deutsches Datenschutzrecht. Es gibt weder eine verbindliche Datenschutzvereinbarung noch ein Kontrollgremium. Trotz aller Beschwichtigungen hat Schäuble zum Ende der deutschen Präsidentschaft dem Druck aus den USA nachgegeben. Auch ist es nicht einmal gelungen, einen Rahmenbeschluss zu Mindeststandards bei Beschuldigtenrechten durchzusetzen, der europaweite Grundrechte in der Strafverfolgung garantiert hätte.

Der Bundesjustizministerin Zypries fällt angesichts dieser brachialen Vorgehensweise nur noch Symbolpolitik ein. In der Eigenbilanz ihres Ministeriums findet sich lediglich die Freude über die neue Grundrechteagentur - die nicht mal ihr Verdienst ist - sowie ein gesammeltes Klein-Klein an Minifortschritten bei Strafrechtsreformen und der (wiederum symbolischen) Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sie rühmt sich mit besserem Rechtsschutz im Zivilrecht auch bei geringfügigen Forderungen. Diese Fortschritte werden wohl lediglich den großen Medienunternehmen in die Hände spielen, denen sie just ein maßgeschneidertes Urheberrecht beschert hat. VerbraucherInnenrechte oder gar effektiver Grundrechtsschutz stehen längst nicht mehr auf der Tagesordnung der Justizministerin. Und so kann Überwachungsminister Schäuble Stück für Stück die rechtsstaatlich garantierten Freiheitsrechte der BürgerInnen unterminieren. Europa braucht Sicherheit - und zwar vor ihm und seinem Wahn!



Der Autor **Jan Philipp Albrecht** ist Bundesvorstandssprecher der GRÜNEN JUGEND. Er studiert Europa- und Völkerrecht und ist langjähriges Mitglied der BAG Europa von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

www.janalbrecht.eu



MEERE SCHÜTZEN BEVOR ES ZU SP

VON NICOLE MAISCH

Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Chance vertan, während ihrer EU-Ratspräsidentschaft dem Meeresschutz einen angemessenen Raum in der Meerespolitik Europas zu erkämpfen.

Es steht nicht gut um die Meere! Jahre des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen der marinen Lebensräume sind nicht folgenlos ge-

blieben. Trotz einiger umweltpolitischer Fortschritte hat sich der Zustand der Meeresökosysteme weiter verschlechtert. Dreiviertel der kommerziell genutzten Fischarten sind überfischt. Besonders dramatisch ist die Situation des Kabeljau. Sowohl in der Nord- als auch in der Ostsee sind die Bestände so gut wie leer gefischt. Einträge von Düngemittel und Pestiziden aus der Landwirtschaft verschmutzen die





Meere und bedrohen die Artenvielfalt. Der Schiffsverkehr belastet die marinen Lebensräume durch Schadstoff- und Lärmemissionen und immer noch werden die Ozeane trotz Verbot als Müllkippen missbraucht. Meeressäuger und Seevögel verenden weil sie Plastikteile verschlucken.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf insbesondere auf europäischer Ebene. Wer aber Hoffnung auf die deutsche Ratspräsidentschaft gesetzt hatte, wurde enttäuscht. Wenn man genau hinsieht, ist die umweltpolitische Bilanz der letzten Monate mangelhaft. Schwerpunkte der EU-Meeresspolitik bleiben Wettbewerbsfähigkeit und Seewirtschaft, die Ökologie hat wie bisher nur nachrangige Bedeutung. Der Schutz der Meeresumwelt wurde lediglich als eine Säule der EU Meeresspolitik ins Grünbuch aufgenommen und nicht- wie es grüne Vorstellung ist- das Leitprinzip, an dem sich alle politischen Maßnahmen messen müssen.

Das Grünbuch sieht zwar vor, Umweltbelange in die Meeresspolitik der EU zu integrieren. Jedoch wurden weder die Fischerei- und Landwirtschaftspolitik in angemessenem Maße einbezogen, noch wurden konkrete Zeitpläne und Zwischenziele vereinbart, wie der gute Umweltzustand der Meere, der als Zielvorgabe mariner Umweltpolitik genannt wird, erreicht werden soll. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Chance vertan, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft dem Meeresschutz einen angemessenen Raum in der EU-Meeresspolitik zu erkämpfen. Drei Beispiele:

Fischerei

Hier ist Bundesregierung wieder einmal vor Lobbyinteressen eingeknickt. Auf dem Ministerratstreffen im Juni, dessen Vorsitz Bundesverkehrsminister Tiefensee innehatte wurde weder der dringend gebotene Fangsstopp für den fast ausgerotteten Kabeljau festgelegt, noch vernünftige, niedrigere Fangquoten für andere Fischarten beschlossen. Die simple Wahrheit, dass wo keine Fische mehr sind man auch in Zukunft keine mehr fangen wird, scheint an den MinisterInnen vorbei gegangen zu sein.

Schiffsverkehr

Auch im Bereich des Schiffsverkehrs wurde es versäumt, die maritime Wirtschaft zu ökolo-

gisieren. Bis zum Jahre 2020 wird der Schiffsverkehr voraussichtlich um 60% ansteigen. Mit dem Verkehr steigen natürlich auch die Emissionen. Hier wäre es dringend notwendig gewesen, die Dreckschleudern, die teilweise noch auf den Meeren herumfahren, betrieben mit Treibstoffen aus Raffinerieabfällen und Schwerölen, zu entschärfen. Es braucht eine gemeinsame Europäische Initiative für ein "European Clean Ship" und die Investition in die Erforschung neuer, umweltfreundlicher Antriebe.

Meeresschutzgebiete

Bisher gibt es in EU Gewässern praktisch keine Schutzgebiete! Das muss sich ändern. Ebenso wie an Land braucht die Natur auch in den marinen Lebensräumen Raum zur Regeneration. Deshalb ist es notwendig, ein gut geführtes und zusammenhängendes Netz von Meeresschutzgebieten auszuweisen. Diese Schutzgebiete sollten zwischen 20 und 40% der Meeresfläche enthalten.

Auch andere Umweltpolitische Grundsätze, die an Land lange schon erprobt sind, müssen endlich auf die Meeresumwelt angewendet werden. Das Verursacherprinzip und die Prinzipien, dass immer die bestmögliche Technik und die bestmögliche Umweltpolitik Anwendung finden sollen, gehören unbedingt ins Grünbuch. Die unterschiedlichen regionalen Meeresschutzkonventionen, die es bereits gibt, müssen zu verbindlichen Umweltzielen zusammengefasst werden, für deren Erreichen Zeitpläne mit Zwischenschritten festgelegt werden und an deren Ende ein klar definierter "guter Umweltzustand" steht. Die derzeitigen schwammigen Formulierungen aus dem Grünbuch taugen nicht für eine ambitionierte Meeresschutzpolitik. Wenn wir nicht bald handeln, wird es für viele Meeresregionen endgültig zu spät sein.



Die Autorin **Nicole Maisch** ist tourismuspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**. Bis Juni 2007 war sie Landesvorsitzende der **GRÜNEN JUGEND** Hessen.

www.nicolemaisch.de

EHRLICHER EINSATZ ODER HINTER

VON MICHAEL KÖMM

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde die Entwicklungspolitik noch stärker zum Türöffner für den Freihandel. Ehrlicher Einsatz für effizientere Entwicklungsmaßnahmen ist was anderes.

In entwicklungspolitischer Sicht hatte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft eine besondere Bedeutung, da relativ wichtige Themen unter ihrem Vorsitz verhandelt wurden, unter anderem die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Am 30. Januar 2007 präsentierte die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul ihre Agenda im Entwicklungsausschuss des Europaparlaments. Im Folgenden möchte ich auf die dort beschriebenen Ziele eingehen und ihre Umsetzung rückblickend kommentieren.

Ob Entwicklungsländer von Partnerschaftsabkommen profitieren, bleibt fraglich

Das zentrale Thema der Ratspräsidentschaft waren die Verhandlungen über die EPAs zwischen der EU-Kommission mit den Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifikraum (AKP). Diese werden in sechs regionalen Paketen verhandelt, wobei den Entwicklungsländern weitere präferenzielle Marktzugänge innerhalb der EU gewährt werden sollen. Auch wenn die Bundesregierung und die EU-Kommission immer wieder behaupten, dass die Abkommen das Hauptziel haben, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen zu stärken, gibt es doch eindeutige Anzeichen, dass dies nur die halbe Wahrheit ist: Mehrere Studien sagen steigende soziale Ungleichheit voraus; selbst der französische Europaausschuss befürchtet, den Entwicklungsländern drohe ein vierfacher Schock für ihren Haushalt (durch Einbrüche der Zolleinnahmen), für ihren Handel (Verschlechterung der Bilanz), für ihre Industrie (gerade für schwache, im Aufbau befindliche Industriektoren) und für ihre Landwirtschaft (starker Druck durch Billigimporte aus der EU). Zudem ist es sehr bedenklich, dass die EU die neoliberalen "Singapurthemen" in die Abkommen hinein formulieren möchte, obwohl diese bereits 2003 bei der WTO Konferenz in Cancún von vielen Entwicklungsländern abgelehnt wurden.

Kommission fährt neoliberalen Kurs

Zur Zeit sind die Verhandlungen mit einigen Regionen relativ weit fortgeschritten, mit ande-

ren recht langsam. Ursprünglich sollten die Verhandlungen bis Ende 2007 abgeschlossen sein und es zeichnet sich immer mehr ab, dass dies zeitlich nicht erreicht werden kann. Doch anstatt Lösungen für den Zeitdruck zu entwickeln, erhöht die EU-Kommission den politischen Druck auf die eh schon schwachen Kapazitäten der VerhandlungspartnerInnen. Insgesamt scheinen die EPA-Verhandlungen ein erstes Beispiel für die neue neoliberale Strategie "Global Europe" zu sein, mit der sich die EU-Kommission ohne entwicklungspolitischem Feingefühl eine weltweite wirtschaftliche Vormachtsstellung erarbeiten möchte. Doch ob neoliberal hin oder her: der konstruierte Zusammenschluss der AKP Staaten an sich ist schlicht veraltet und sollte daher ganz grundsätzlich in Frage gestellt werden. Schließlich sollte entwicklungspolitische Zusammenarbeit nicht auf regionalen, sondern entwicklungspolitischen Kriterien beruhen.

Neben der handelspolitischen Zusammenarbeit gab es auch in der Entwicklungszusammenarbeit Bewegung: Bereits Ende 2006 begannen die Aushandlungen der Länderstrategie der EU für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern in Asien und Lateinamerika (innerhalb des Development Cooperation Instrument) und für die Zusammenarbeit mit den EU-Nachbarländern (innerhalb des European Neighbourhood & Partnership Instrument). Diese Papiere - auf sieben Jahre angelegt - waren jedoch oft sehr vage, waren eher auf den Ausbau von Infrastruktur (Transport) bedacht als auf Armutbekämpfung und ließen teilweise zentrale entwicklungspolitische Prinzipien vermissen. Für die abschließende Bewertung wird es jedoch entscheidend sein, wie die konkreten jährlichen Aktionspläne ausgestaltet sein werden.

Aktives Engagement statt schöner Worte

Ein weiteres Thema war die Steigerung der Effizienz der EU-Entwicklungszusammenarbeit. Hierzu wurde im Mai vom Europäischen Rat ein freiwilliger Verhaltenskodex für Arbeitsteilung ("Code of Conduct on Division of Labour") beschlossen (eine recht interessantes, aber wenig kritisches Discussion Paper kommt hier von Holger Mürle vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik). Doch Freiwilligkeit ist nicht genügend! Es braucht dringend aktives Engagement anstatt schöner Worte. Die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit muss



neben einer kohärenten Handelspolitik das zentrale Zukunftsthema sein, sonst wird sie sich mehr und mehr selbst delegitimieren.

Auch im Petersberger Communiqué wurden die grundlegenden entwicklungspolitischen Ziele erneut formuliert und von den EntwicklungsministerInnen während eines informellen Treffens im März bei Bonn beschlossen. Doch das ehrliche Engagement muss sich erst noch beweisen. Ein erster Härtefall wird der neue Grundlagenvertrag der Europäischen Union sein, der im Herbst 2007 auf einer Regierungskonferenz beschlossen werden wird und die zukünftige EU-Entwicklungspolitik regeln wird. Hier müssen sich die MinisterInnen für eine starke, unabhängige Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Kein Erfolg, im Gegenteil

Zusammenfassend war die deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus entwicklungspolitischer

Perspektive kein Erfolg, im Gegenteil: die EU-Entwicklungspolitik hat sich eher dem handelspolitischen Diktat des Freihandels unterworfen und hat wenig Engagement gezeigt, ihre Arbeit effizienter zu gestalten. Doch auch die kommende Ratspräsidentschaft unter dem Vorsitz Portugals lässt Schlechtes befürchten, da unter dem Deckmantel der Entwicklungspolitik eine weitere Abschottungspolitik der Festung Europa vorangetrieben werden soll.



Der Autor **Michael Kömm** studiert in Bielefeld Soziologie. Er war lange Jahre Koordinator des Fachforums Europa & Internationales der GRÜNEN JUGEND.

entwicklung-gestalten.blogspot.com



FÜR EIN SOZIALES EUROPA

VON SILKE GEBEL

Sozialpolitik in Europa - noch immer eine schwer greifbare Materie. Herausforderungen gibt es genug. Doch große Schritte gab es während der deutschen Ratspräsidentschaft nicht.

Die aktuellen Zahlen aus einer Studie „Soziale Wirklichkeit“ von Roger Liddle und Frederic Lerais zeigen, dass jedeR fünfte EU- BürgerIn arm oder armutsgefährdet ist, wobei Ältere, Alleinerziehende und Kinder besonders gefährdet sind und es eine Jugendarbeitslosigkeit von 17,8 % gibt. Diese Zahlen zeigen wie wichtig eine europäische Zusammenarbeit der Sozialpolitik ist.

Auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft stand die „Soziale Zukunft Europas“ ziemlich weit vorne. Wie auch Blair oder andere Regierungschefs zuvor hatte die Bundesregierung die „[...] wesentliche Bedeutung einer funktionierenden Sozialpolitik für die Akzeptanz sowohl der fortdauernden Reformpolitik als auch der europäischen Integration“ erkannt. Von einer sozialen Dimension in Europa war die Rede, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit beitragen sollte. Dies sollte mit den drei gewählten Schwerpunkten Europäisches Sozialmodell, „Gute Arbeit“ und der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt realisiert werden.

National gemachte europäische Sozialpolitik

Während der zwölf - Konferenzen zu dem Thema Soziales Europa erkannten die Regierungschefs „[...]die Notwendigkeit (sich) gemeinsamer Ziele und sozialer Standards zu verwissern.“ So die Bilanz der Ratspräsidentschaft. Im Bereich der Flexicurity – also der Gratwanderung zwischen Flexibilität und Sicherheit – wurde die Zuständigkeit bei den einzelnen Ländern belassen. Im Bereich der „guten Arbeit“ wurde die Arbeitsplatzsicherheit vorrangig befasst und das Ziel benannt bis 2012 Arbeitsunfälle um 25 % zu reduzieren. Was allerdings mit den anderen Bereichen auf diesem Gebiet passiert ist (Arbeitsbedingungen, Aus- und Weiterbildung, faire Löhne, Rechte der ArbeitnehmerInnen, familienfreundliche Gestaltung der Arbeit oder Chancengleichheit), darüber schweigt sich die Bilanz aus. Im Bereich der sozialen Sicherheit bei steigender Mobilität wurden die Beratungen zur Krankenversicherung abgeschlossen, sowie die Arbeiten an den Zusatzrentenansprüchen fortgeführt.

Europa muss im Sozialen zusammenwachsen

Es ist erfreulich, dass es im Bereich des Arbeitsschutzes europäische Regelungen gibt. Ebenso begrüßenswert sind die europäischen Vorstöße im sozialen Sicherheitsbereich. Doch diese Erfolge zeigen an was es einer europäischen Sozialpolitik fehlt und woran Europa krankt:

Diese Sozialpolitik richtet sich an die, die a) einen Job haben und b) die Möglichkeit haben mobil in Europa unterwegs zu sein. Sprich an diejenigen, die unter aller Wahrscheinlichkeit nach ohnehin von dem grenzenlosen Raum „Europäische Union“ profitieren. Diejenigen jedoch, die auf eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung angewiesen sind, die, die faire Löhne nicht erstreiten können, die profitieren mal wieder nicht. Dabei muss die Europäische Union in diesem Bereich stärker werden, da durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes der Güter und des Kapitals die Nationalstaaten mit der Bundesbank zum Beispiel viel von ihrem sozialpolitischen Handlungsrahmen abgeben haben.

Der Rahmen der Sozialpolitik wird jedoch immer noch von den Nationalstaaten gemacht. Solange es aber noch nicht einmal eine Abstimmung in Bereichen der Arbeitsplatzgestaltung im Rahmen von Flexicurity geben wird, wird jedes Land sein eigenes Süppchen kochen und Europa nie zusammen wachsen. Und die europäischen Initiativen, die es gibt wie das Grünbuch Arbeitsrecht gehen in der inhaltlichen Ausgestaltung gerade im Bereich „Flexicurity“ auf direktem Kurs weg vom Gedanken des Europäischen Sozialmodells. Die dort angewandte Definition stärkt die Flexibilitätsseite unverhältnismäßig mehr als die Sicherheitsseite. Damit fehlt zum einen ein wichtiges Identifikationsymbol und zum anderen gibt es in Europa tatsächlich eine soziale Tradition, die es zu wahren gilt. Es kann keine einheitlichen europäischen Markt geben, der keine soziale Dimension hat.



Die Autorin **Silke Gebel** ist Beisitzerin im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND und studiert Verwaltungswissenschaften in Potsdam. Sie war stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF).

www.silke-gebel.de



EU-MIGRATIONSPOLITIK: NOTE UN

VON Omid NOURIPOUR

Auch im Sommer kamen wieder Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer um. Doch was die deutsche Ratspräsidentschaft vorschlug, um solche Flüchtlinge zu retten, reicht bei weitem nicht aus.

Im Mai 2007 verschwanden 53 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer vor Malta spurlos. Anfang Juni wurden 14 tote Flüchtlinge vor der italienischen Insel Lampedusa und 18 Tote vor Malta geborgen. Und das Sterben geht weiter: Wie in den Jahren zuvor spielen sich auch heute wieder erschütternde Dramen an den EU-Südgrenzen im Mittelmeer und im Atlantik ab.

Die Bundesregierung musste sich als amtierende EU-Ratspräsidentin im letzten halben Jahr der Frage stellen, wie Flüchtlinge auf See gerettet werden können. Doch die Antworten, die sie geliefert hat, sind mehr als unbefriedigend.

"Rückführung" ist das Zauberwort, mit dem der EU-Ratsvorsitz, vertreten durch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, sein Konzept für eine EU-Flüchtlingspolitik vor allem zu füllen versuchte. Rückführungsabkommen mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge sollen abschrecken und so mittelfristig verhindern, dass die Menschen überhaupt in die Boote steigen, um EU-Land zu erreichen. Länder, die keine Rückführungsabkommen abschließen wollen, müssen gleichzeitig Kürzungen der Entwicklungshilfe aus der EU befürchten. Wenn das keine Erpressung ist?

Rückführungsabkommen sind Erpressung!

Kurzfristig hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft allerdings keine echten Antworten geliefert, um die humanitäre Katastrophe an den Südgrenzen abzumildern. Es steht zu befürchten, dass auch dieses Jahr noch tausende Bootsflüchtlinge ums Leben kommen werden, weil ihre Boote auf hoher See kentern, weil sie ertrinken oder verhungern. 2006 waren es nach Einschätzung von Amnesty International etwa 7.000 Tote alleine auf dem Weg von Westafrika zu den Kanaren. Die genaue Zahl kennt niemand.

"Deutschland braucht aktuell keine weitere Zuwanderung", diesen Satz wiederholte Schäuble in den letzten Monaten gebetsmühlenartig. Damit begründete er außerdem die Konzentra-

tion auf finanzielle Ausgleichszahlungen in der EU-Flüchtlingspolitik. Der Hilferuf der Mitgliedsstaaten an der EU-Südgrenze, die auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen mehr Solidarität einforderten, blieb unbeachtet. Und dies auch, als im Mittelmeer gekenterte Bootsflüchtlinge an ein Thunfischfangbecken geklammert 24 Stunden auf ihre Rettung warten mussten, da sich Malta für nicht zuständig erklärte. Die darauf folgende Empörung auch seitens der EU-Vertreter mündete beim letzten EU-Innenministertreffen Mitte Juni dann wieder nur in sehr unkonkrete Absichtserklärungen. Es fehlte der Wille zu klaren Schritten und zur praktischen Solidarität mit den EU-Staaten an der Südgrenze - vor allem auch bei der deutschen Ratspräsidentschaft.

Wenig Solidarität mit den EU-Staaten an der Südgrenze

Immerhin machte der deutsche Ratsvorsitz Vorschläge für legale Wege der Einwanderung. Dieser Schritt ist wichtig und längst überfällig. Doch auch hier stand die Bundesregierung mehr auf der Bremse als auf dem Gaspedal. Mit ihren Vorschlägen zur ausschließlich zeitlich begrenzten (temporären) und zirkulären Migration geht sie nur den halben, und letztlich einen alten Weg. Dieser Ansatz wiederholt die Fehler der Gastarbeiterpolitik, die davon ausging, dass die Menschen mehr oder weniger schnell in ihre Herkunftsländer zurückkehren und man sich daher um Integration nicht kümmern muss. Um diesen Rückfall zu verhindern, brauchen wir Wege für eine permanente, legale Migration in die EU - und dies nicht nur für Fachkräfte, sondern auch für Niedrigqualifizierte.

Schäuble fällt durch, Flüchtlinge sterben

Eine wirksame Strategie, um Fluchtursachen zu bekämpfen, eine engere Kooperation mit den Herkunfts- und Transitstaaten, die nicht nur auf Rückführungsabkommen spekuliert, mehr praktische Solidarität zwischen den EU-Staaten, wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, eine deutlich bessere Ausstattung und europäische Koordination der Seenotrettung und einen substanziellen Fortschritt auf dem Weg hin zu permanenten legalen Einwanderungsmöglichkeiten - dies wären die Herausforderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft gewesen. Die Abschlussnote lautet "ungenügend". Schäuble fällt durch, Flüchtlinge sterben.



Der Autor **Omid Nouripour** sitzt für die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europa-ausschuss. Er ist Sprecher der BAG Migration und Flucht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

www.nouripour.de



NACH DER RATSPRÄSIDENTSCHAFT

GRÜNE JUGEND POSITIONEN

Verfassung

Zentraler Punkt der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr des Jahres 2007 muss es sein, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union als politische Akteurin zu stärken. Der Vertrag von Nizza, auf dessen Basis die EU momentan arbeitet, ermöglicht keine politische Union. Dafür muss die Debatte um die Verfassung wieder aufgenommen werden. Der vorliegende Verfassungsvertrag erweitert die politische Ebene, indem er zum Beispiel das Europäische Parlament stärkt und Mehrheitsentscheidungen im Rat vermehrt. Somit kann die Blockade von wichtigen Beschlüssen verhindert werden und zukünftig in ca. 80 % aller Politikbereiche Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit erfolgen. Indem die EU zum Beispiel in der langfristigen Finanzplanung, der Agrar-, Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik auf Einstimmigkeit angewiesen ist, blockiert sie sich momentan in vielen Fragen selbst oder lässt oftmals maximal Lösungen auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners zu. Dies schürt die Politikverdrossenheit, die wiederum das bestehende Demokratiedefizit immer schwerwiegender macht. Darüber hinaus gibt es im vorliegenden Verfassungsvertrag Fortschritte im sozialen Bereich, indem er die Grundrechtscharta mit Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung, Anspruch auf Elternurlaub oder dem Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung als Teil der Verfassung sieht. Dennoch sind wir dagegen, den vorliegenden Verfassungsvertrag zur wiederholten Abstimmung zu stellen oder ihn durch die Hintertür ohne offizielle Diskussion in den Nationalstaaten zu ratifizieren. Die abgelehnten Referenda in Frankreich und den Niederlanden haben in ihrer Kritik vermehrt gegen Punkte gestimmt, die auch jetzt in den Verträgen niedergeschrieben sind. Sie haben sich gegen den Status Quo gewehrt. Damit wollen sie eine Veränderung der europäischen Union. Auf der anderen Seite gibt es einen Teil der Bevölkerung, der diesen Verfassungsvertrag befürwortet und in Referenda mit Ja gestimmt hat. Diese geteilte Meinung über die Zukunft Europas muss in Europa neu diskutiert werden. Dafür muss es eine wahre europaweite Debatte geben. Der Plan D, den die Kommission als Reaktion auf die gescheiterten Referenda als Kommunikationsoffensive vorgeschlagen hat, kann hierzu die Basis bieten. Aufbauend auf diese Ergebnisse und den Verfassungsvertrag muss es einen zweiten Konvent geben, der ein verfassungsgebendes Mandat hat. Dieses Ergebnis muss in einem europaweiten Referendum 2009 zur Europawahl abgestimmt werden. Gleichzeitig muss die EU durch Demokratisierung, europaweite Volksabstimmungen, vermehrte Transparenz, eine bürgernahe Verfassung und verstärkte Information näher an ihre Bürgerinnen und Bürger herangetragen werden. Dabei sollten Elemente wie die Europeans Citizens Initiative oder das öffentliche Tagen der Ratsitzungen aus dem Verfassungsvertrag bereits jetzt umgesetzt werden.

Finanzen

Politische Handlungsfähigkeit wird auch durch finanzielle Autonomie erreicht. Eine wirkliche politische Union kann es nur geben, wenn die Finanzpolitik der EU andere Wege geht. Dafür muss der geplante Review 2009 in einen verbindlichen Review umgewandelt werden. Nur dann hat das neu gewählte Parlament die Chance die Ein- und Ausgabenseite des EU-Haushaltes zu ändern. Dabei fordern wir eigene Einnahmequellen für die europäische Ebene, damit das Geschächere um Rabatte und Agrarzuschüsse aufhört. Durch Lenkungssteuern in der Umweltpolitik können einerseits der EU eigene Mittel zur Seite gegeben werden und andererseits ohne administrative Hindernisse sinnvolle Politikziele verfolgen werden.

Die Agrarsubventionen machen 50% des Haushalts der EU aus. Dies

halten wir für eindeutig zu viel. Die Subventionspraxis der EU trägt wesentlich dazu bei, die Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu ruinieren. Innerhalb der EU führt diese Förderpraxis dazu, dass Landwirtschaft zu Lasten der Umwelt und der bäuerlichen Kleinbetriebe großindustriell betrieben wird. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deshalb für eine Politik ein, die eine Subventionierung dauerhafter Überproduktion und die künstliche Schaffung eines Preisniveaus verhindert, sondern die Qualität der Erzeugnisse in den Vordergrund stellt. Insgesamt fordern wir, dass bei allen Agrargütern die Kosten für Produktion und Transport, sowie deren ökologischer und sozialer Folgen, im Preis enthalten sein müssen. Wir sehen die LandwirtInnen aber nicht nur als LebensmittelproduzentInnen, sondern auch als EnergiewirtInnen und PartnerInnen bei der Landschaftspflege. Eine regional und biologisch nachhaltige Bewirtschaftung muss zentrales Ziel sein. Wir fordern deshalb, die gesamte Landwirtschaft in der EU mittelfristig auf biologische Produktion umzustellen. Dabei ist auch die Verringerung der Bürokratie unser Ziel: Regionale ErzeugerInnenverbände, die ihre eigene Qualitätssiegel entwickeln und die Einhaltung der Standards überwachen, sollen den "Papierkrieg" ablösen

"Werte"

Im Jahr 2007 jahren sich in Europa zum 50sten Mal die römischen Verträge, in denen 1957 das Fundament der Europäischen Union gelegt wurde. Zugrunde lag ihnen der Wunsch nach zwei Weltkriegen, die ihren Ausgang in Europa gefunden hatten, Frieden, Wohlstand und Demokratie durch Vergemeinschaftung zunächst 1951 von Kohle und Stahl zu schaffen und 1957 durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Dieses Ziel hat die EU innerhalb ihrer Grenzen erreicht: Es gab seit dem zweiten Weltkrieg keine Kriege mehr innerhalb der EU. Doch dies bedeutet nicht, dass die EU sich auf ihren Lorbeeren ausruhen darf, ganz im Gegenteil: Die Demokratie steckt in einigen europäischen Ländern in der Krise. PopulistInnen können einen massiven Zulauf verzeichnen und EU-feindliche Töne werden immer lauter. Der Trend erstarkender rechtsextremer Parteien verschont auch Deutschland nicht. In Polen ist es unter der nationalistischen Regierung nicht möglich, für die gesellschaftliche Anerkennung von Homosexualität zu demonstrieren, vielmehr wird dort die Wiedereinführung der Todesstrafe überlegt. Das Eingeständnis für Menschenrechte und Demokratie sind daher wichtiger denn je. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft muss der Verletzung von Menschenrechten und grundlegenden demokratischen Freiheiten auch innerhalb der EU eine klare Kampfansage erteilt werden.

Für eine verantwortungsvolle Rolle der EU in der Welt

Die EU ist einer der stärksten Märkte auf der Welt und hat ein hohes Wohlstandsniveau. Durch diese starke Position ergibt sich eine ebenso wichtige Rolle in der internationalen Ordnung - sei sie nun wirtschaftspolitisch oder entwicklungspolitisch. Diese Stellung in der EU muss aber noch weiter entwickelt und koordiniert werden. Die EU übernimmt im Moment nur ansatzweise ihre Verantwortung, zur Schaffung einer sozial gerechteren und friedlicheren Welt beizutragen. Während der deutschen Ratspräsidentschaft können zwar keine tief greifenden Veränderungen vorgenommen werden, aber doch die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Die GRÜNE JUGEND fordert Angela Merkel auf, sich dafür einzusetzen, dass die EU zur Entwicklungsförderin wird. Nur so ist dem Gefälle zwischen Nord und Süd bzw. reich und arm wirkungsvoll entgegenzutreten. Ebenfalls nur auf diesem Wege sind höhere Umweltstandards möglich, die dem Klimawandel entgegenwirken. Die Europäische



Union muss auch außerhalb ihrer Grenzen für dieselben Werte und Standards eintreten, die sie im Inland propagiert.

Entwicklungspolitik

Das im Mai 2005 vereinbarte Ziel der 25 Mitgliedsstaaten, die Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,57 % und bis 2015 auf 0,7 % des BIP zu steigern, muss bekräftigt und beschleunigt werden. Zudem kritisiert die GRÜNE JUGEND die Scheinheiligkeit der Europäischen Union, mit der einerseits Entwicklungshilfe unter dem Motto "Handel und Hilfe" geleistet wird und andererseits einheimische Landwirte Agrarsubventionen erhalten, die keinen fairen Wettbewerb zulassen. Ein solches Dumping auf dem Weltmarkt ruiniert lokale Produzenten. Hier ist eine grundlegende Reform unerlässlich! Die EU-Politik muss alle Beteiligten auf ihrem jeweiligen Niveau abholen und dementsprechend ebenbürtig miteinbeziehen. Wir befürworten zwar den beschlossenen "EU Consensus on Development", bewerten die bisherige Umsetzung jedoch überaus kritisch. Dabei fordern wir besonders von allen EU-Kommissaren der verschiedenen Sektoren eine kohärente EU-Entwicklungspolitik. Dabei kann es nicht angehen, dass weiterhin ein Viertel des EU-Haushaltes für Abschottungs- und Stützungsmaßnahmen verwandt wird. Ein weiteres Beispiel sind die aktuellen Economic Partnership Agreement (EPA)-Verhandlungen mit den AKP Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), die vom EU-Handelskommissar Mandelson vorangetrieben werden. Die GRÜNE JUGEND kritisiert den unehrlichen Charakter dieser bilateralen, intransparenten Verhandlungsprozesse und fordert daher deren Stopp. Vielmehr muss die EU eine nachhaltige, multilaterale, transparente und faire Handelspolitik verfolgen. Die VN-Millenniums-Entwicklungsziele, bei denen die Welt noch weit zurückhängt, stehen unter der besonderen Verantwortung der EU: Dabei muss sich die Ratspräsidentschaft insbesondere für die oben angesprochenen Politikkohärenz für Entwicklung sowie der Förderung des Fairen Handels einsetzen. Daneben müssen die Wirtschaftspartnerabkommen sowie die Zukunft der WTO prioritär auf der Agenda stehen und das Programm der G8 beeinflussen.

Frieden und Sicherheit

Auf der Erde werden derzeit jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung ausgegeben (ca. 1.000 Mrd. US-\$). Hiervon entfallen 50 Prozent auf die USA der Regierung Bush jun., die EU der 25 bestreitet 20 Prozent der erdweiten Aufwendungen. Angesichts dieser Fakten muss sich die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder auf ihre friedenspolitischen Wurzeln besinnen und als Zivilmacht begreifen. Dabei muss primär auf eine zivile Konfliktlösung gesetzt werden. Die Europäische Union muss ihre Außenpolitik als "Europäische Aussen- und Friedenspolitik" begreifen und den Dialog in den Mittelpunkt stellen. Hier stimmt insbesondere bedenklich, dass die Umsetzung der fragwürdigen Battlegroups durch die drei Großen Frankreich, Großbritannien und Deutschland stark forciert wurde und schon weit fortgeschritten ist. Ob das zivile Planungsziel 2008 ebenso zielsicher erreicht wird, ist noch unklar, hier ist es an Deutschland mindestens ebenso viel Einsatz zu zeigen wie zuvor bei den militärischen Zielen. Im Rahmen einer europäischen Vorbildrolle für Multilateralismus gilt es nicht nur, dass die EU keine Nato oder anderweitige Battlegroupeninsätze ohne Mandat der Vereinten Nationen durchführt, sondern endlich eine Vorbildrolle in der nuklearen Abrüstung einnimmt. So darf die EU es auch nicht dulden, wenn einzelne Mitglieder wie Frankreich es trotz der problematischen Frankrise es zu Beginn dieses Jahres getan hat, offen und unverfroren mit

dem Einsatz ihrer Atomwaffen drohen. Gegenüber den Vereinten Nationen ist es wichtig, dass die Europäische Union endlich eine einheitliche Linie fährt. Am Beispiel eines weiteren ständigen Sitzes im Sicherheitsrat zeigt sich einmal mehr, wie sehr die Mitgliedsstaaten noch ihre eigenen Interessen vor die der europäischen Gemeinschaft stellen. Im Gegenteil, die EU sollte sich für die Abschaffung der undemokratischen Strukturen des UN-Sicherheitsrates einsetzen und sich aktiv bei einer fairen und nachhaltigen Reform der Vereinten Nationen beteiligen. Hier muss endlich europäische Außenpolitik gemacht werden.

Umweltpolitik/Klimawandel

Die Umweltpolitik muss allein auf Grund der grenzüberschreitenden Folgen konsequent transnational gedacht werden. Die USA verbrauchen mit ihren 4,5 Prozent der Erdbevölkerung etwa 25 Prozent der Energie. Die EU der 25-Staaten verbrauchen mit (7,5 % der Erdbevölkerung 16 Prozent der Energie. Zählt man die übrigen Entwicklungszentren der Erde hinzu "Japan und Tigerstaaten", dürften etwa 15 Prozent der Erdbevölkerung über die Hälfte der Energie verbrauchen. Die Europäische Union muss den Gefahren des Klimawandels ins Gesicht blicken und eine Strategie zur Umsetzung ehrgeiziger Klimaziele zu einigen. Dabei sind wichtige Schritte sich verstärkt dafür einzusetzen, Emissionen weiter zu senken. Hier muss 30% Emissionsreduktionen für 2020 das Ziel sein. Dies kann zum Beispiel durch Maßnahmen wie eine europäische Ökosteuer, Kerosinsteuer, Emissionshandel oder Maximalwerte für Emissionen erreicht werden. Gleichzeitig ist es unabdingbar durch ökologische Projekte zum Beispiel in Form von Solar-, Windkraft-, Biomasse- oder Energiesparprojekte die Menge an Treibhausgasen einzusparen, die eine vergleichbare Klimawirkung haben wie die noch nicht reduzierten Emissionen. Bei der Diskussion über die Energiepolitik der Europäischen Union fordert die GRÜNE JUGEND, Energieeffizienz und -einsparung als vorrangige Ziele zu begreifen. Bei der Frage nach der Versorgungssicherheit muss klar sein, dass Atomenergie keine Alternative ist. Um dies zu bekräftigen, darf EURATOM nicht weitergeführt werden. Die Bundesregierung muss sich für die Beendigung einer Vertragsstaatenkonferenz machen, die eine Beendigung von EURATOM zum Ziel hat. Die Europäische Union hat die Chance eine Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien zu spielen und zum energieeffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Darauf muss ihre Energiepolitik abzielen.

EU-Nachbarschaftspolitik

Die letzten Erweiterungsrounds haben gezeigt, dass Demokratie, Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung durch Erweiterung erreicht werden können. Entscheidend ist hier neben der bloßen Verhandlungsaufnahme der ehrliche Umgang mit den betroffenen Ländern. Die EU darf keine Versprechen machen, die sie letzten Endes nicht halten kann und muss andersherum die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien vehement fordern und bei deren Umsetzung helfen. Beim Ausbau der Europäischen Nachbarschaftspolitik müssen Demokratie und Menschenrechte eine wichtige Rolle spielen. Länder, denen heute noch keine Beitrittsperspektive geboten werden kann, muss zumindest der Weg in die EU offen sein. Die Europäische Nachbarschaftspolitik muss sich der Tatsache der Migration aus vielen Anrainerstaaten stellen und gemeinsam mit europäischer Entwicklungspolitik Fluchtursachen bekämpfen. Die bisherige Praxis der EU-Staaten, das Problem mit Hilfe von völkerrechtswidrigen Auffang- und Abschiebeknästen zu ignorieren, muss sofort aufhören.

Beschluss des Bundesausschuss in Berlin vom 9.12.2006



Broschüre zum Fairen Handel kostenlos bestellen

„Ändere die Welt, sie braucht es.“ (Bertolt Brecht). Was kann ich selbst tun: Beim Einkauf, am Arbeitsplatz, in der eigenen Stadt, in der Politik bis hin zum Europäischen Parlament. Auf 56 Seiten gibt die Broschüre „Einfach fair handeln“ von Frithjof Schmidt, MdEP, Informationen zum Fairen Handel und Anregungen zur Fairänderung der Welt.

Weitere Infos und kostenlose Bestellung unter

www.frithjof-schmidt.de



ANZEIGE

Impressum

GRÜNE JUGEND Bundesverband
Hessischer Str. 10
10115 Berlin

Redaktion: Silke Gebel
V.i.S.d.P.: Jan Philipp Albrecht

Telefon: 030-275 94 094
Telefax: 030-275 94 096
E-Mail: buero@gruene-jugend.de
Internet: www.gruene-jugend.de

Stand: August 2007

Gestaltung: Jan Philipp Albrecht
Titelfoto: Kurt Michel
Druck: Fata Morgana

Wir bedanken uns bei allen AutorInnen.

Untestützen Sie die GRÜNE JUGEND mit Ihrer Spende:

GRÜNE JUGEND Bundesverband
SEB Bank
Konto Nr. 162 325 1600
BLZ 100 101 11

Weitere Informationen:

www.gruene-jugend.de/spenden

